

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Personalbedarfsplanung am 11.06.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Beratungsraum 113
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:05 Uhr bis 17:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Vertreterin für Hr. Wehrich
Herr Egbert Geier	Bürgermeister	
Frau Christine Hahnemann	Verwaltung	
Herr Steffen Ruppe	Verwaltung	
Frau Gesine Präkelt	Verwaltung	
Herr René Walther	Stadtwerke	
Frau Anne Timme-Mäurer	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	kein Vertreter
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	kein Vertreter
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	vertreten durch Frau Krausbeck

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, eröffnete die Sitzung.
Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.
Zurzeit sind 9 Stadträtinnen und Stadträte anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Anmerkungen zur Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Beschlussvorlagen
4. Information
- 4.1. Information der Verwaltung zum aktuellen Stand der Inanspruchnahme der personalwirtschaftlichen Modelle
- 4.2. Information der Verwaltung zur weiteren Stabilisierung der Personalkosten sowie weiteres Vorgehen der Arbeitsgruppe Personal
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 **Beschlussvorlagen**

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 4 **Information**

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, sagte, dass zwei weitere Vertreter der Arbeitsgruppe Personal mit anwesend seien. Dies sei zum einem Herr Rene Walther, Geschäftsführer der Stadtwerke Halle GmbH, und zum anderen Herr Phillip von Verdi. Er fragte, ob die Ausschussmitglieder einverstanden seien, wenn Herr Walter und Herr Phillip für diese Sitzung Rederecht bekommen würden.

Die Ausschussmitglieder stimmten dem Rederecht zu.

zu 4.1 **Information der Verwaltung zum aktuellen Stand der Inanspruchnahme der personalwirtschaftlichen Modelle**

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, sagte, dass die Verwaltung nun die Information zu den personalwirtschaftlichen Modellen aufzeigen werde, wie diese bisher erfüllt worden seien.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass er unter diesem Tagesordnungspunkt auf die 84 kw-Stellen abzielen werde, welche im Stadtrat beschlossen wurden. Er sagte, dass die Zielsetzung 260 kw-Stellen gewesen seien, davon seien 84 kw-Stellen vom Stadtrat bestätigt worden. Zuzüglich der Streichung von damals 23 vakanten Stellen, die die Verwaltung, nach Diskussion im Personalbedarfsplanungsausschuss, noch eingebracht hätte. Er äußerte, dass die Stadträte sich in den vergangenen Sitzungen damit einverstanden gezeigt hätten, dass prinzipiell auf vakante Stellen zurückgegriffen werden könne.

Des Weiteren sagte **Herr Bürgermeister Geier**, dass bei einer Vorgabe bzw. einer Zielstellung von rund 260 kw-Stellen, 84 bestätigten kw-Stellen, 23,4 vakanten Stellen, welche mitgestrichen wurden, es insgesamt einen bestätigten Stellenabbau von 107,4 Stellen geben würde. Er merkte an, dass sich die kw-Stellen anteilig auf die einzelnen Geschäftsbereiche verteilen würden. Des Weiteren sagte er, dass der konkrete Umsetzungsstand (31.05.2014) wie folgt aussehen würde. Die Gesamtanzahl der Anträge auf Abfindungszahlung würde sich auf 61 Anträge belaufen, davon seien 9 Anträge abgelehnt worden. Er erklärte, dass diese Ablehnungen erfolgen mussten, da sich anhand der Kettenbildungen die Abfindungszahlungen als unwirtschaftlich erwiesen hätten. Zudem merkte er an, dass ein Kriterium, für die Durchführung der personalwirtschaftlichen Modelle, die Wirtschaftlichkeit sei.

Zudem teilte **Herr Bürgermeister Geier** mit, dass 7 Verträge bereits geschlossen wurden, davon seien 5 Mitarbeiter auf kw-Stellen und 2 Mitarbeiter, die sich aus Kettenbildungen ergeben hätten. Er merkte an, dass die Entscheidung vom Bund, die Altersgrenze auf 63 Jahre zurückzunehmen, noch nicht mit einbezogen wurde. Diesbezüglich merkte er an, dass es in der Verwaltung Mitarbeiter geben würde, welche ebenfalls entsprechende Anträge auf Abfindungszahlung gestellt hätten, die von dieser Regelung betroffen seien. Er sagte, dass diese Tatsache noch nicht in die Übersicht mit eingearbeitet worden sei. Daraus resultierend

merkte er an, dass bis zum 31.12.2014 noch 6 weitere Abfindungen bestätigt werden würden, da diese Mitarbeiter auf kw-Stellen arbeiten würden, welche bis zum Jahresende ausscheiden werden. Dieses stehe schon fest, sei aber vertraglich noch nicht umgesetzt worden. D. h. wenn von den 61 Anträgen, die geschlossenen Anträge und die unwirtschaftlichen Vorgänge abgezogen werden würden, verblieben 39 erforderliche Kettenbildungen. Er merkte an, dass an diesen Vorgängen permanent gearbeitet werden würde, d. h. sobald unter den Vorgaben des Stadtratsbeschlusses eine Kette wieder gebildet werden könne, würde dies sofort umgesetzt. Er wies darauf hin, dass bei der konkreten Umsetzung in den einzelnen Geschäftsbereichen oder Fachbereichen, Schwierigkeiten auftreten können.

Des Weiteren führte **Herr Bürgermeister Geier** aus, dass diese fehlenden Kettenbildungen, welche momentan noch nicht ausgesprochen wurden, in der Haushaltskalkulation nicht auf das Jahresende ausgeführt wurden, sondern auf Jahresanfang. Er sagte weiterhin, dass dies dazu führen würde, dass die Verwaltung sich momentan finanziell im Minus befinden würde. Diesen fehlenden Effekten, aus denen bis dato nicht umgesetzten Modellen, müsse die Verwaltung im Rahmen der Stellenbewirtschaftung gegensteuern. Herr Bürgermeister Geier sagte, dass es sich dabei, um die Größenordnung von circa 1 Mio. € handeln würde, die durch die Art und Weise der Stellenbewirtschaftung kompensiert werden müsse. Zudem sagte er, dass bis zum Jahresende die Stellenabgänge und die Vakanzen bis dahin nicht neu besetzt werden würden.

Herr Wolter, MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, fragte nach näherer Erläuterung der 39 erforderlichen Kettenbildungen.

Herr Bürgermeister Geier erklärte anhand der Präsentationsfolie die entstandenen 39 erforderlichen Kettenbildungen.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte bezugnehmend auf die 9 abgelehnten Anträge auf Abfindung, was die Kriterien für die Unwirtschaftlichkeit gewesen seien.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass unwirtschaftlich sei, dass nach der Kettenbildung bei der Person, die dann übrig bleiben würde, um die kw-Stelle abzudecken, ein zahlenmäßiger negativer Betrag herauskommen würde. Er erläuterte, dass wenn eine E9-Stelle rausgehen würde, mit einem Jahresgehalt von 52.000€, und in der Kettenbildung würde die Verwaltung dann zu einer E5-Stelle, mit einem Jahresgehalt von 46.000€, kommen, sei somit eine Differenz von 6.000€ entstanden. Er sagte, dass diese 6.000€ Differenz, nach der Ausgestaltung des Stadtratsbeschlusses, zu dieser Unwirtschaftlichkeit führen würde.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, stellte fest, dass bei den Kriterien zur Unwirtschaftlichkeit nicht in Erwägung gezogen worden sei, was eintreten würde, wenn die Person dort rausgehen würde und die Aufgabe woanders erledigt werden müsste. Des Weiteren stellte er fest, dass die Sinnhaftigkeit innerhalb dieser Maßnahme selbst nicht als wirtschaftlich oder unwirtschaftlich betrachtet worden sei.

Herr Bürgermeister Geier stimmte zu, dass dies der Hintergrund gewesen sei. Zudem sagte er, dass die Verwaltung nach der Stelle eine Kette bilden könne, aber nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten aufgrund des Stadtratsbeschlusses sei dies nicht umzusetzen.

Herr Bürgermeister Geier beendete die Präsentation und wies darauf hin, dass dies der aktuelle Sachstand zu den 84 kw-Stellen und dem aktuellen Stand der Umsetzung gewesen sei.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., merkte an, dass es eine Differenz von 23 kw-Stellen zu den insgesamt 84 kw-Stellen geben würde, da momentan nur von 61 Antragstellern gesprochen werden würde.

Frau Präkelt, Fachbereich Verwaltungsmanagement, antwortete, dass es sich bei den 61 Antragstellern um einen anderen Personenkreis handeln würde. Sie erklärte, dass von den 84 kw-Stellen nur 11 Mitarbeiter auf kw-Stellen mit dem Abfindungsmodell ausscheiden möchten. Sie wies darauf hin, dass die 61 Antragsteller diejenigen Mitarbeiter seien, mit denen die Verwaltung die Kettenbildungen durchführen werde. Frau Präkelt erklärte, dass die Verwaltung diejenigen Mitarbeiter, welche einen kw-Vermerk hätten, anhand der Kettenbildungen, versuche auf andere Stellen zu vermitteln, damit Mitarbeiter ohne kw-Vermerk mit dem Abfindungsmodell die Verwaltung verlassen können.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte wie viele kw-Stellen von den 84 beschlossenen kw-Stellen nach dieser Systematik tatsächlich abgelöst worden seien.

Frau Präkelt, Fachbereich Verwaltungsmanagement, antwortete, dass tatsächlich insgesamt 5 Mitarbeiter auf kw-Stellen vertraglich geschlossen worden seien und 2 Mitarbeiter durch Kettenbildungen abgelöst werden konnten.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte nach, ob es demnach noch 77 offene, vakante, zu bringende Erlöse für 77 Stellen geben würde.

Frau Präkelt, Fachbereich Verwaltungsmanagement, merkte an, dass die Verwaltung auch weiter versucht hätte von den 84 kw-Stellen, Mitarbeiter auf vakante Stellen zu setzen. Sie erläuterte, dass die kw-Stellen dadurch frei werden würden, da der jeweilige Mitarbeiter auf eine Stelle vermittelt werden würde, welche auch geplant sei. Damit sei eine Deckung für die Stelle vorhanden und die andere Stelle könnte gestrichen werden.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte wie viele Stellen tatsächlich gestrichen werden konnten bzw. nicht mehr bewirtschaftet werden würden.

Herr Bürgermeister Geier sagte einer schriftlichen Darlegung zu.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., merkte beziehungsweise auf den Stadtratsbeschluss zu den 84 kw-Stellen an, dass der Abbau der kw-Stellen ab Januar 2014 beginnen hätte sollen. Er sagte, dass den Stadträten durchaus bewusst gewesen sei, dass die Umsetzung nicht 1:1 durchführbar sei, demnach hätten die Stadträte mit der Umsetzung im 1. Quartal gerechnet, tatsächlich sei nun Ende des 2. Quartals. Er merkte an, dass die eingeplante Einsparsumme unter diesen Umständen nicht nur 1 Mio. € betragen könne. Diesbezüglich erinnerte er an den angegebenen Einspareffekt bei 84 kw-Stellen und sagte, dass dieser, über das Jahr gerechnet, sehr viel höher gewesen sei. Des Weiteren wies er darauf hin, dass in der Gegenrechnung von 7 geschlossenen Verträgen zu 278.000€ zur Lohneinsparung, der Betrag sich nicht auf nur 1 Mio € belaufen könne. Er sagte, dass die Zahlen wesentlich höher sein müssten und diese würden momentan in der Differenz fehlen. Demnach merkte er an, dass die Verwaltung, über das Jahr gerechnet, nicht 1 Mio. € erwirtschaften müsste, sondern wahrscheinlich 4 Mio. €, es sei denn, die Verwaltung würde eine Zusage treffen können, dass alle kw-Stellen sofort abgelöst werden können.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass im Rahmen der Stellenbewirtschaftung die Verwaltung alle Instrumente nutzen würde, um die durch die Zeitverzögerung entstandenen Nichtumsetzungen finanziell flankieren zu können.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, wies darauf hin, dass die Stadträte eine genaue Information über die Anzahl der tatsächlichen betroffenen Stellen erhalten sollten.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., merkte an, dass es immer noch 77 Stellen in diesem Jahr seien, die momentan noch bewirtschaftet werden würden.

Herr Bürgermeister Geier sagte eine genaue Darlegung des Sachverhaltes zu.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, bat die Verwaltung, um schriftliche Information zum nächsten Finanzausschuss.

Herr Wolter, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, sagte, bezugnehmend auf die beispielhafte Darstellung zur wirtschaftlichen Betrachtung der Verwaltung anhand des Beschlusses, dass aufgrund der daraus entstandenen geringen Zahl und aufgrund dieser Betrachtung heraus 9 Anträge abzulehnen, sei der Schaden, dass man aus dieser Betrachtung heraus ablehnen würde, um ein Vielfaches größer, aufgrund viel unwirtschaftlicher für die Stadt, als wenn die Verwaltung diese Anträge zugelassen und bestätigt hätte. Er sagte, dass er diese Logik nicht vollziehen könne. Diesbezüglich merkte er an, dass die Verwaltung damit sofort neun Stellen gehabt hätte, also einen personalwirtschaftlichen Effekt. Zudem sagte er, dass die Verwaltung dieses innerhalb eines Jahres aufgrund der Personalausgaben kassieren könne. Des Weiteren merkte er an, dass in seiner Erinnerung der Stadtrat nicht explizit eine 1:1 Wahrnehmung der Kettenbildung festgelegt hätte.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass der Stadtratsbeschluss massive Einschränkungen vorgegeben hätte. Des Weiteren sagte er, dass die Umsetzung der 84 kw-Stellen ohne irgendeine Auflage einfacher durchführbar sei.

Herr Wolter, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, bat um eine Einzelfalldarstellung, um gegebenenfalls eine Ausnahmemöglichkeit schaffen zu können. Er sagte, dass wenn die Verwaltung an den Stadtratsbeschluss gebunden sei, dann könne die Verwaltung die betroffenen Fälle einzeln vorlegen und es werden Einzelfallentscheidungen getroffen. Herr Wolter äußerte bezüglich des niedrigen Niveaus, in welchem die Verwaltung sich diesbezüglich befinde, dass jede Stelle relevant sei.

Herr Bürgermeister Geier sagte einer Prüfung des Sachverhaltes zu.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, wiederholte seine vorangegangene Frage zur Prüfung der Verhältnismäßigkeit /Wirtschaftlichkeit innerhalb der Maßnahme selbst und merkte an, dass diese von der Verwaltung verneint worden wäre. Er stellte fest, dass diese Kriterien nicht in Erwägung gezogen worden wären, sondern eine Gesamtrechnung gemacht worden sei.

Herr Bürgermeister Geier verneinte diese Aussage. Er merkte an, dass die konkrete Kette geprüft worden sei und äußerte, dass die konkrete Darlegung der 9 abgelehnten Fälle bestehen würde und der Stadtrat darüber gesondert entscheiden könne.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, bat um eine konkrete Darlegung von Beispielen zur Kettenbildung, um nachvollziehen zu können, welche finanziellen Folgen, z. B. bei einer Kettenbildung von E9 zu E5, für die Verwaltung entstehen würden. Er sagte, dass demnach, wie von Herrn Wolter schon angedeutet worden sei, die Beschlusslage nochmal überdacht werden könne. Herr Bönisch merkte an, dass in der Beschlussvorlage eventuell ein ungünstiges Kriterium aufgestellt worden sei.

Herr Bürgermeister Geier sagte der Aufstellung von konkreten Beispielen zu.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte nach weiteren Anmerkungen zu den Ausführungen.

Es gab keine weiteren Anmerkungen.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, beendete den Tagesordnungspunkt 4.1.

zu 4.2 Information der Verwaltung zur weiteren Stabilisierung der Personalkosten sowie weiteres Vorgehen der Arbeitsgruppe Personal

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, eröffnet den Tagesordnungspunkt 4.2. Er sagte, dass es sich dabei um die Strategieansätze zur Personalentwicklung für den Zeitraum bis wenigstens 2018, wenn nicht sogar bis 2020/21 handeln würde. Er merkte an, dass der Geschäftsbereich IV nicht mit betrachtet worden sei.

Herr Bürgermeister Geier sagte bezüglich des Geschäftsbereiches IV, dass nähere Informationen dazu folgen werden.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, bat Herrn Bürgermeister Geier mit der Präsentation zu beginnen.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass der folgende Vorschlag, welcher ebenso in der Arbeitsgruppe Personal diskutiert worden sei, eine Betrachtung des Zeitraums dem Jahr 2015 bis einschließlich 2019 wäre. Er merkte an, dass die daraus resultierenden Er- und Ausarbeitungen keine 1-Jahresbetrachtung, wie im vorangegangenen Jahr bei der Einbringung dieser Stellen, seien, sondern auf längerfristige Betrachtungen ausgelegt worden.

Herr Bürgermeister Geier erläuterte die Präsentation zur Haushaltskonsolidierung. Er merkte an, dass sich die Haushaltskonsolidierung nicht ausschließlich im Bereich der Personalkosten abspielen würde.

Des Weiteren erläuterte **Herr Bürgermeister Geier** die Darstellung des bis Ende des Jahres 2019 errechneten Aufwands an Personalkosten, bei dem heutigen Personalbestand unter Berücksichtigung der Tarifierhöhung vom Frühjahr 2014 und weiterhin unterstellt, dass jährlich 2% dazu kommen werden.

Anhand der Präsentation erläuterte **Herr Bürgermeister Geier** das bis ins Jahr 2019 entstehende Delta, welches entsprechend über den Personalbereich zu untersetzen und zu flankieren sei. Zudem merkte er an, dass es diesbezüglich eine Diskussion, unter anderem im Personalausschuss, über den Wegfall von sämtlichen Fluktuationen, gegeben hätte. Er sagte, dass es sich dabei überwiegend um altersbedingte Abgänge und allen vakanten Stellen, ca. 70 betroffene Stellen aus unterschiedlichen Gründen, handeln würde. Er führte aus das die Überlegungen dazu gewesen seien, diese Stellen bei Abgang nicht mehr nach zu besetzen bzw. wegfallen zu lassen oder die im Stellenplan ausgewiesenen vakanten Stellen nicht mehr nach zu besetzen. Er merkte an, dass diese Variante der Umsetzung einen Personalaufwand im Jahr 2019 von 135 Mio € bedeuten würde. Demnach äußerte er, dass bei einer Streichung von allen Abgängen und einer Nichtnachbesetzung der Vakanzen, dennoch eine Differenz von 6 Mio € zur Zielsetzung von 129 Mio € entstehen würde. Er erklärte, dass die Problematik an dieser Herangehensweise sei, dass der Wegfall dieser Stellen dem Zufallsprinzip unterliegen würde. Er wies er darauf hin, dass demzufolge die Arbeitsleistung der einzelnen Fachbereiche schlagartig eingeschränkt sein könne und dies bei gleichen oder gestiegenen Arbeitsumfängen. Herr Bürgermeister Geier wies des Weiteren darauf hin, dass dies weder generell noch politisch sinnvoll sei und sagte, dass sich die Frage stellen würde, wie im Weiteren mit dieser Ausgangslage um zu gehen sei.

Fortführend sagte **Herr Bürgermeister Geier**, dass bei dieser Ausgangslage und dem Verhindern von Zufälligkeiten die Verwaltung anders herangehen müsse. Er teilte mit, dass die neu gebildete Arbeitsgruppe, in welcher sowohl der Personalrat als auch Herr Phillip als Verdi-Vertreter und Herr Walther vom Stadtwerkekonzern sowie die Vertreter der Verwaltung seien, über die Herangehensweise und eine entsprechende Umsteuerung für einen Zeitraum bis zum Jahr 2019 beraten hätten. Demzufolge teilte er den Vorschlag aus der Arbeitsgruppe, mit dem Arbeitsbegriff „Dialogisches Personalentwicklungskonzept 2020“ mit. Er erläuterte die Umsetzung des neuen Konzeptes und übergab das Wort für weitere Ausführungen an Frau Hahnemann.

Frau Hahnemann, amt. Leiterin FB Verwaltungsmanagement, äußerte, dass die Verwaltung sich die Kritik der Stadträte bezüglich der fehlenden Aufgabenkritik aus den vorangegangenen Sitzungen des Ausschusses angenommen hätte. Sie teilte mit, dass sich das Thema Aufgabenkritik weg von dem starren, quantitativen Aufrechnen und hin in den Bereich von Organisationskultur bewegen würde.

Im weiteren Verlauf wurden von **Frau Hahnemann** anhand der Präsentation, die Instrumente zur Realisierung der Umsetzung dieser Aufgaben, ab voraussichtlich dem Jahr 2015, vorgestellt. Insbesondere äußerte sie, dass das Thema Organisationsentwicklung nicht funktionieren könne, ohne den Fokus auf das große Thema Führungskräfte zu legen. Sie sagte, dass verstärkt an einem gemeinsamen Verständnis der Führungskräfte für ihre Verwaltung gearbeitet werden würde und merkte an, dass dieses das Thema Organisationskultur betreffen würde. Sie sagte, dass z. B. ein Thema für die Betrachtung sein müsse, wie die Verwaltung mit ihren Führungskräften umgehen würde. Des Weiteren sagte Frau Hahnemann, dass sich die Frage stellen ließe, wie viel Führungsverantwortung die Verwaltung ihren Führungskräften in den einzelnen Verantwortungsbereichen zugestehen würde. Demnach merkte sie an, dass dazu zu klären sei, welche Rolle die Beigeordneten in diesem Prozess spielen würden.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte welche Rolle die Beigeordneten in diesem Prozess hätten.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass die Aufgabe von Personal und Personalentwicklung nicht allein die Aufgabe des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Wiegand und des Herrn Bürgermeisters Geier sein könne, sondern der jeweilige Beigeordnete in seinem Zuständigkeitsbereich Schwerpunkte setzen und Festlegungen treffen müsse. Er räumte ein, dass an diesem Prozess noch gearbeitet werden müsse, da es in diesem noch Schwachstellen geben würde. Zudem sagte er, dass momentan jeder Geschäftsbereich eine detaillierte Aufbereitung seines Stellenplans, seiner Fluktuation und seiner Vakanzen zur Verfügung hätte.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte, ob das gesamte Verfahren, inklusive der Rolle der Beigeordneten in der wichtigen Entwicklung bis 2019, ein abgestimmtes Verfahren bzw. zentralisiertes Verfahren oder ob es ein dezentrales Verfahren sei, welches die Verantwortung für die Personalentwicklung betreffen würde.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass die Personalentwicklung eine zentrale Frage sei. Des Weiteren merkte er an, dass ebenso die Frage zu klären sei, welche Rolle den Fachbereichsleitern zugestanden werden würde. Er sagte, dass die Fachbereichsleiter ein herausgehobenes Scharnier zwischen der Politik und der fachlichen Arbeit seien. Er sagte, dass noch einiges getan werden müsse, um den Fachbereichsleiter eine stärkere Rolle und damit auch eine stärkere Gesamtverantwortung für die Steuerung ihres Bereiches übertragen zu können.

Herr Müller, CDU-Fraktion, sagte, dass die Fachbereichsleiter nicht als das Scharnier zwischen der Politik und der fachlichen Arbeit verstanden hätte, sondern aus seiner Sicht eher die Beigeordneten diese Position einnehmen würden. Er fragte, ob es Tendenzen geben würde, die Beigeordneten in ihrer Personalverantwortung zu übergehen.

Herr Bürgermeister Geier verneinte diese Aussage. Er sagte, dass die Beigeordneten über die Gespräche informiert seien und mit einbezogen werden würden. Herr Bürgermeister Geier stellte anhand eines Beispiels die Ausgangslage für die Einbeziehung der Fachbereichsleiter dar und sagte, dass es wichtig sei zu erfahren wie der jeweilige Fachbereichsleiter, unter der Rückkoppelung seiner täglichen Aufgabenstellung für seinen Bereich, welche er für sich hätte und auch tagtäglich sehen würde, wie er damit eigentlich umgehen würde. Zudem sagte er, dass die Einschätzung der Fachbereichsleiter vor Ort entscheidend sei. Bezüglich der administrativen Abarbeitung, wie das Durchführen von Stellenausschreibungen, die Einbeziehung des Personalrates, das Führen der Personalakte usw., sagte er, dass diese Aufgaben selbstverständlich zentrale administrative Aufgaben seien und merkte an, dass dies nur unter einer Rückkopplung zu den Fachbereichsleiter funktionieren könne.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte, ob es Ideen zur materiellen Interessiertheit dieser Mitarbeiter gäbe. Er fragte beziehungsweise auf die Anmerkungen des Personalrates, was die betroffenen Mitarbeiter davon hätten, denen mehr Aufgaben übertragen werden, damit andere Stellen kw-gesetzt werden können. Er fragte, ob es Überlegungen zu den Reduzierungen von Personal gäbe, diejenigen Mitarbeiter, welche verbleiben würden materiell zu interessieren.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass er den roten Faden vorstellen würde und keine Detaildiskussion führen könne.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, sagte, dass dies aus seiner Sicht eine wichtige Frage sei und fragte, ob Herr Walther, Geschäftsführer Stadtwerke Halle GmbH, seine Frage beantworten könne.

Herr Walther, Geschäftsführer der Stadtwerke Halle GmbH, sagte, dass dies kein gängiges Verfahren sei, bei dem Thema Personalanpassung materielle Anreize zu setzen. Zudem äußerte er, dass die Geschäftsbereiche bei der Steuerung der Personalkosten und der Transparenz in den einzelnen Geschäftsbereichen stärker in die Verantwortung genommen werden müssen.

Herr Misch, CDU-Fraktion, fragte beziehungsweise auf die Aussage des Herrn Bürgermeisters Geier, die Fachbereichsleiter stärker in die Verantwortung nehmen zu wollen, ob die Verwaltung damit nicht ihr „blaues Wunder“ erleben würde. Er ergänzte, dass die Fachbereichsleiter doch viel näher an den Aufgaben und an der Arbeit seien als ein Beigeordneter oder ein OB Büro. Er führte beispielhaft die Situation im Fachbereich Umwelt/Abt. Grünpflege an.

Herr Wolter, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sagte beziehungsweise auf die gezeigte Folie zur Personalkostenstabilisierung, dass er den Ausgangspunkt der Verwaltung, die Personalkosten stabil zu halten, nicht als Beschlusspunkt kennen würde.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, merkte an, dass dies die Zielstellung sei.

Herr Wolter, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, merkte wiederholt an, dass er die Zielstellung, sich auf diese Summe bis 2019 in irgendeiner Form festnageln zu lassen, nicht als Beschlusspunkt im Stadtrat kennen würde. Er nahm an, dass die Zielstellung eine interne Festlegung der Verwaltung sei und nahm des Weiteren an, dass die Präsentation auf dieser

aufbauen würde. Bezugnehmend auf die vorgestellten Instrumente sagte er, dass die Verwaltung notwendige Instrumente vorstellen wollen würde und stellte fest, dass aus seiner Sicht keine Instrumente vorgestellt worden seien. Diesbezüglich äußerte er, dass dies nur eine Beschreibung von Aufgaben sei, welche sich die Verwaltung im Zusammenhang mit der Personalentwicklung stellen würde. Er sagte, dass es aus seiner Sicht keine detaillierte Beschreibung eines einzigen Instrumentes anhand der Präsentation gegeben hätte. Bezugnehmend auf die Aufgabe sagte er, dass die Einbeziehung der Stadträte fehlen würde. Des Weiteren wies er darauf hin, dass die Mitglieder des Ausschuss für Personalbedarfsplanung, die Präsentation nur als Information kennen würden und wies im weiteren darauf hin, dass diese nicht mit den Stadträten gemeinsam entwickelt wurden sei. Demnach merkte er an, dass keinerlei Zielstellung im Sinne einer politischen Zusammenarbeit da sei.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, bat Herrn Bürgermeister Geier um Fortführung der Präsentation.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass der Prozess sich wie folgt aussehen würde, dialogischer Prozess, die Nachfolgeplanung und die Zielkonferenz. Er wies darauf hin, dass die politischen Mandatsträger im dialogischen Prozess mit einbezogen werden. Er sagte, dass irgendwann abgefragt werden müsse, ob der Stadtrat damit einverstanden sei, ob z.B. das Pflegeintervall bei Grünflächen so durchgeführt werden könne oder ob die Öffnungszeiten im Bürgerservice so gestaltet werden können und wies darauf hin, dass sich danach eine Personalausstattung bemessen würde. Zudem merkte er an, dass dafür eine insgesamt auch politisch abgestimmte strategische Ausrichtung für die Stadt benötigt werden würde. Er sagte, dass es möglich sein müsse, Prioritäten setzen zu können mit verschiedenen Prämissen, wie z. B. dass das eine weniger durchgeführt werde und dass andere gar nicht mehr durchgeführt werde. Er wies zur besseren Nachvollziehbarkeit darauf hin, dass über Jahre ein Niveau immer scheinbar zurückgefahren wurde und merkte an, dass in jedem Bereich scheinbar etwas zurückgefahren wurde.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, merkte an, dass der Stadtrat aus diesem Grund in seinem Beschluss die aufgabenbezogene Kritik verlangt hätte.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass mit seinen Ausführungen nicht nur die 84 kw-Stellen gemeint gewesen seien, sondern im Prinzip den gesamten Zeitraum der Haushaltskonsolidierung. Diesbezüglich merkte er an, dass seit Beginn der Haushaltskonsolidierung in einigen Bereichen das untere Limit erreicht worden sei und sagte, dass dazu eine politische Auseinandersetzung über den Umgang damit erforderlich sei. Im Besonderen, ob nachgesteuert oder entsprechend erhöht werden müsse, ob es so belassen oder ob weiter darüber gegangen werden solle. Des Weiteren merkte er an, dass es bestimmte Entwicklungen in der Verwaltung geben würde, bei denen die Fallzahlenentwicklungen ein Nachsteuern erfordern würden. Dazu sagte er, dass z.B. diese sehr starke Diskussion, welche den Geschäftsbereich IV anging, betreffen würde. Er sagte, dass er später näher auf die Einsteuerung des Sonderauftrages im Geschäftsbereich IV eingehen würde. Er merkte negativ an, dass in der Vergangenheit immer wieder Reduzierungsdiskussionen geführt worden wären. Er erläuterte beispielhaft eine Zielvorgabe an eine Fachbereichsleiterin im GB I. Resultierend daraus sagte er, dass auch inhaltliche qualitative Maßstäbe gebraucht werden würden, um eine vernünftige Abwägung treffen zu können. Diesbezüglich sagte er, dass dieses mit der Arbeitsgruppe anhand der dialogischen Prozesse versucht werden würde. Er merkte an, dass dabei ganz bewusst die politischen Entscheidungsträger mit einbezogen werden sollen, unter anderem auch durch entsprechende Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden. Diesbezüglich merkte er an, dass die Verwaltung anhand dieser Gespräche erfahren möchte, wie die Fraktionen sich bestimmte Sachverhalte vorstellen würden. Im Weiteren ging er auf die strategische Nachfolgeplanung ein und sagte beziehungsweise auf das vorangegangene Beispiel, dass

sich die Frage für jeden betroffenen Fachbereich stellen würde, wie dieser mit altersbedingten Abgängen umgehen würde. Er sagte, wenn die Verwaltung bei dem bisherigen Verfahren bleiben würde, bei Fluktuation Wegfall oder Vakanzen nicht besetzt werden, dann könne der betroffene Fachbereich irgendwann seine Aufgaben nicht mehr erfüllen. Er merkte an, dass dieses max. 2-3 Jahre funktionieren könne, aber nicht permanent. Er sagte, dass dementsprechend nachgefragt werden müsse, wie sich der Fachbereich dieses vorstellen würde. Er führte aus, dass beispielsweise bei einem Weggang aller Bauprüfer im Geschäftsbereich II, der Geschäftsbereich dadurch dringend Nachbesetzungen für diese Stellen benötigen würde, um seine Aufgabe der Baugenehmigungen absichern zu können. Demnach äußerte er, dass anhand der Kettenbildung nicht mit einem Hausmeister nachbesetzt werden könne, welcher irgendwann zum Bauingenieur nachqualifiziert werden würde. Er wies darauf hin, dass dieses im eben gezeigten Prozess erfolgen solle. Des Weiteren merkte er an, dass eine sinnvolle Einsteuerung der Aufgaben erfolgen müsse. Er sagte, dass sich aus den Einzelmessungen eine bestimmte Auswertung ergeben würde und äußerte, dass daraus resultierend ein Gesamtabgleich für die gesamte Stadtverwaltung hingebracht werden soll. Bezüglich der Aufgabenkritik sagte er, dass aus diesem folgend unter bestimmten Vorgaben und Rahmenbedingungen Schwerpunkte gesetzt werden müssen. Herr Bürgermeister Geier erläuterte die weiteren Folien der Präsentation.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte Herrn Walther, ob dieser noch etwas zu ergänzen hätte.

Herr Walther, Geschäftsführer der Stadtwerke Halle GmbH, ergänzte, dass dieses Konzept aus der Blickrichtung der quantitativen Betrachtung von Personalabbau entwickelt worden sei, um im Weiteren eine qualitative Betrachtung und eine strategische Betrachtung dieser Personaleinsparungen vornehmen zu können. Er merkte an, dass es fast unmöglich sei, aus heutiger Sicht, Stelleneinsparungen in solch einer großen Organisation generieren zu können, wenn das Ziel nicht klar sei. Er wies darauf hin, dass dieses mit dem Konzept aufgezeigt werden sollte.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, merkte an, dass der Aspekt des Benchmarkings aus dem Stadtratsbeschluss noch fehlen würde. Er erläuterte anhand von Beispielen die Sinnhaftigkeit von Benchmarkings und bat die Verwaltung den Aspekt des Benchmarkings ernst zu nehmen.

Herr Misch, CDU-Fraktion, wies in Bezug auf die Aussage des Herrn Bürgermeisters Geier, dass qualitative Untersuchungen unter anderem auf die Arbeitsprozesse angestellt werden würden, darauf hin, dass die Verwaltung für den neuen Haushaltsansatz für die Unterbreitung von Kürzungsvorschlägen, die Aufgabenreduzierung bzw. die Folge für die Erledigung der Aufgaben darstellen solle. Er merkte an, dass sich daraus erschließen würde, wie viele Mitarbeiter der betreffende Bereich tatsächlich für die Aufgabenerledigung benötigen würde. Zudem wies er darauf hin, dass der konkrete Bezug zu den Aufgaben ersichtlich sein müsse und dieser ließe sich am besten anhand der zugewiesenen Finanzmittel darstellen.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, merkte an, dass dieses spätestens zur nächsten Haushaltsberatung ein Thema sein werde.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE., sagte in Bezug auf die Aussage der Verwaltung die Personalkosten gleichhalten zu wollen, dass bei einer Zielsetzung von 128 Mio €, eine Einspardifferenz von 18 Mio € entstehen würde und merkte dazu an, dass dies eine Einsparung von deutlich mehr als 300 Mitarbeiter sei. Des Weiteren stellte er in Bezug auf die Aussage der Verwaltung, dass dieser Ausschuss der Ausschuss für Personalbedarfsplanung und nicht für Personalkostenplanung sei, fest, dass das eine mit

dem anderen zusammenhängen würde. Zudem sagte er, dass der Personalbedarf nicht damit optimiert werden könne indem die Personalkostenverantwortung nach unten abgeben würde. Herr Knöchel wies darauf hin, dass in der Präsentation keine Vorschläge zu Veränderungen innerhalb der Verwaltung dargelegt worden seien. Bezugnehmend auf die Aussage des Herrn Bürgermeister Geier, dass jede durchgeführte Maßnahme im Output möglicherweise zu einer Verschlechterung der Bürgerfreundlichkeit (Reduzierung der Öffnungszeiten, Verlängerung der Bearbeitungszeit, etc.) führen könne, ginge er davon aus, dass momentan alle Prozesse innerhalb der Stadtverwaltung optimal verlaufen würden. Er schlussfolgerte daraus, dass im Prinzip nur durch eine Verschlechterung der Dienstleistung zu/m Bürger/innen gespart werden könne. Herr Knöchel sagte, dass diese These fragwürdig sei. Er sagte, dass die Stadtverwaltung diesbezüglich genügend Potential innehaben würde, worüber gesprochen werden könne.

Des Weiteren wies **Herr Knöchel** auf die Mengengerüste hin und sagte, dass genau diese dafür benötigt werden würden, um ein genaues Benchmarking durchführen zu können. Diesbezüglich äußerte er, dass dies eine optimale Grundlage für eine qualitative Diskussion sei. Er sagte, dass dies eine gute Präsentation sei und das Vorgestellte auch unterstützen würde, merkte aber an, dass diese Prozesse idealerweise schon länger hätten in der Verwaltung laufen können.

Zudem äußerte **Herr Knöchel**, dass die Mitarbeiter innerhalb der Stadtverwaltung entwickelt werden müssen, da der Nachwuchs aus den Fachhochschulen der Verwaltung zukünftig nicht mehr zur Verfügung stehen würde. Demnach benötige die Verwaltung dringend ein Konzept über Ausbildung, damit längerfristig Personal in der Stadtverwaltung entwickelt und gehalten werden könne bzw. fachlich auf eine Verwaltung zugeschnitten werden könne. Im Weiteren führte Herr Knöchel seine Vorschläge zur Prozessoptimierung im Personalmanagement aus.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass sich die Ausführungen von ihm und Herrn Knöchel ergänzen würden. Er sagte, dass der Impuls in der Diskussion immer die Höhe der Personalkosten aus der Gesamtsicht des ausgeglichenen Haushalts gewesen sei und welchen Beitrag der Personalbereich dazu leisten könne. Mit der Grafik hätte er versucht darzustellen, dass dieser Weg nach 10 Jahren der Konsolidierung in der Stadtverwaltung nicht mehr funktionieren könne. Er sagte, dass aus diesem Grunde die Verwaltung in eine andere qualitative Betrachtung einsteigen müsse. Demnach stimmte Herr Bürgermeister Geier den Aussagen von Herrn Misch und Herrn Bönisch bezüglich des Benchmarkings zu. Er sagte bezugnehmend auf die Ausführungen von Herrn Knöchel, dass keine generellen Leistungseinschränkungen für die Bürger vorgesehen seien, sondern dass es nach Auswertung des Dialogverfahrens eine Abstimmung mit der Politik zu internen Einschränkungen geben würde. Zur Frage der internen Prozessoptimierung der Fachbereiche, sagte er, dass diesbezüglich auch aus seiner Sicht noch Möglichkeiten zur Steigerung vorhanden seien. Des Weiteren sagte er, dass Personalabgänge genutzt werden sollten, um über Veränderungen nachzudenken. Dies müsse nicht zwingend zu einem Stellenwegfall führen, sondern sollte aus seiner Sicht auch zur Optimierung bestimmter Dinge führen. Er sagte, dass dies noch zu wenig genutzt werden würde. Demnach merkte er an, dass in der Verwaltung an diesem Bewusstsein insgesamt noch gearbeitet werden müsse.

Herr Müller, CDU-Fraktion, äußerte erstaunt, dass die qualitativen Aspekte im Personalmanagement bisher in der Verwaltung bzw. im Vortrag scheinbar keine Rolle gespielt hätten. Er sagte, dass nicht ersichtlich sei, wie weit die Diskussion dieser Dialogprozesse tatsächlich führen könne und solle. Er merkte an, dass aus seiner Sicht kein Bedarf dafür gegeben sei, jedes Detail in diesem Prozess dort mit den Fraktionsvorsitzenden zu besprechen. Er schlug vor, dass wenn die Verwaltung einen Stadtratsbeschluss zu einem Aspekt aus diesem qualitativen Personalmanagement

benötigen würde, um diesen umzusetzen, weil die Verwaltung diesen für sinnvoll erachten würde und dieser sich am Ende für die Stadt rechnen würde, dann solle die Verwaltung auf die Stadträte zukommen, anderenfalls solle die Verwaltung dieses selbstständig durchführen. Des Weiteren sagte er bezugnehmend auf die einzelnen Prozesse des Dialogverfahrens, dass ihm noch unklar sei, wie dieses funktionieren solle. Er fragte, welche Zielsetzungen die einzelnen Abschnitte hätten und wie grob die Zielsetzungen definiert werden würden, global oder heruntergebrochen auf die Fachbereichsebene oder noch weiter heruntergebrochen. Er fragte weiter, ob Stellen- und Aufgabenziele gesetzt werden würden und wie diese erreicht werden sollen, wenn erst im Nachgang die Prozesse angeschaut werden würden. Zudem stellte er fest, dass ansonsten nur von Benchmark-Vergleichen ausgegangen werden könne. Er fragte nach einer detaillierteren Untersetzung der einzelnen Prozessstufen.

Frau Hahnemann, amt. Leiterin FB Verwaltungsmanagement, sagte, dass die Verwaltung mit den Fachbereichsleitern in den Dialog treten möchte, um zum einen diese auf Augenhöhe abholen zu können und zum anderen ein schrittweises Fortbewegen von den statischen Vorgaben und hin zum Expertenwissen, umsetzen zu können.

Herr Müller, CDU-Fraktion, merkte an, dass diese Aussage nicht neu sei.

Herr Walter, Geschäftsführer der Stadtwerke Halle GmbH, wies darauf hin, dass der Vortrag nicht den Eindruck hinterlassen solle, dass in der Vergangenheit nichts getan worden sei und sagte, dass durch den Personalbereich schon viel getan wurden sei. Im Weiteren sagte er, dass dieses Konzept ein Ansatz wäre, um die Führungskräfte hinter den gesamten Prozess blicken zu lassen. Herr Walther äußerte, dass damit zum Ausdruck kommen solle, dass alle eine gemeinsame Zielstellung hätten und nicht allein der Personalbereich. Er erklärte, dass das der zentrale Punkt sei, welcher durch den Dialog erreicht werden müsse.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., merkte an, dass der Vortrag mindestens 1 Jahr, wenn nicht sogar 20 Jahre zu spät kommen würde. Bezugnehmend auf die Aussage von Herrn Walther, dass der Personalbereich schon viel getan hätte, sagte er, dass keine Ergebnisse vorliegen würden und fragte, was diesbezüglich getan worden sei. Er sagte, dass bekannt wäre, wie die letzten Zahlen entstanden seien und merkte an, dass diese nicht auf der Grundlage eines solchen Verfahrens zustande gekommen seien. Insofern sei es aus seiner Sicht richtig, dass nun versucht werden würde diesen Ansatz, die Personen die am Ende davon betroffen sein würden, mit ins Boot zu holen und um Verständnis für die Prozesse, welche offensichtlich notwendig seien, zu erwirken und umzusetzen. Er merkte wiederholt an, dass dieses Konzept für seine Begriffe viel zu spät gekommen sei und fragte, da man sich sowieso schon im Zeitverzug befinden würde, wann mit Ergebnissen zu rechnen sei. Er erläuterte das Zustandekommen der 84 bestätigten kw-Stellen und der 23 bestätigten Stellenstreichungen und sagte, dass diesbezüglich immer noch ein riesiges Delta bestehen würde. Demnach stellte er fest, dass am Ende im Ergebnis, irgendwo etwas von diesem Delta erscheinen müsse, also wenn nicht im Personal, dann bei den Sachaufwendungen oder anderweitig. Er sagte, dass die Präsentation diesbezüglich nicht aufgezeigt hätte, wo die Verwaltung Veränderungen durchführen wolle. Zudem sagte er, dass die heutige Zielgröße nicht ersichtlich sei und äußerte, dass es keine geben würde, denn ansonsten würde die Verwaltung ihr Konzept ad absurdum führen und verwies auf die Ausführungen von Herrn Knöchel zur Personalbedarfsplanung. Herr Dr. Meerheim wies darauf hin, dass es wichtig sei ein Kriterium innerhalb der Bedarfsplanung bezüglich der Wirkung zu setzen. Er bezog sich auf die Aussage von Herrn Bürgermeister Geier bezüglich der Öffnungszeiten und sagte, dass dies solche Wirkungen seien, um bestimmte Personalmaßnahmen ausüben können. Zudem merkte er nachfragend an, dass laut Aussage des Herrn Bürgermeisters Geier der Geschäftsbereich IV davon nicht betroffen sei.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass später dazu noch etwas gesagt werden würde.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., merkte beziehungsweise auf den Geschäftsbereich IV an, dass in diesem Geschäftsbereich noch ganz andere Wirkungen berücksichtigt werden müssen. Er sagte, dass es diesbezüglich prophylaktische Maßnahmen und die Nachsorge geben würden. Er sagte, dass meist die Nachsorge teurer sei als die Prophylaxe und demnach muss geschaut werden, wo die Stellen weggenommen werden können oder ob überhaupt ein Stellenwegfall erfolgen könne, um den Haushalt an bestimmten Stellen nicht noch weiter nach oben wachsen zu lassen.

Des Weiteren fragte **Herr Dr. Meerheim**, was in diesem Zusammenhang mit dem Geschäftsbereich IV geschehen würde, da dieser laut Aussage der Verwaltung von dem vorgestellten Konzept ausgenommen worden sei.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte, wann die Verwaltung konkrete Ergebnisse vorstellen würde.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., stimmte Herrn Krause zu und stellte fest, dass die heutige Veranstaltung dazu nicht ausreichen würde.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die Verwaltung in diesem Ausschuss den Prozessgang und die Herangehensweise vorstellen wolle. Zudem sagte er, dass demnach im Nachgang sofort in die Dialoginterviews gegangen werden könne. Er informierte, dass die Verwaltung damit im Juni beginnen möchte und es sich dabei um die Größenordnung, Beigeordnete, Fachbereichsleiter und Eigenbetriebsleiter, von ca. 27 Gesprächen handeln würde, welche zu führen seien. Er sagte, dass die Auswertung so gestaltet werden solle, dass erste Ergebnisse bis Ende September vorliegen können.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte, ob die Arbeitsgruppe Personal die Gespräche führen würde.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass über die genaue Zusammensetzung der Gesprächsführung noch eine Abstimmung innerhalb der Arbeitsgruppe erfolgen würde. Er sagte, dass davon auszugehen sei, dass er in diesen Gesprächen mit anwesend sei.

Herr Bürgermeister Geier sagte beziehungsweise auf den Geschäftsbereich IV, dass für diesen Geschäftsbereich eine Beauftragung vorliegen würde, wo im Zusammenspiel mit dem zuständigen Beigeordneten diese Prüfungsschwerpunkte definiert worden seien. Er sagte, dass es sich dabei vordergründig um die Bereiche handeln würde, welche auch hier im Ausschuss heftig diskutiert worden seien. Er äußerte, dass in diesen Bereichen die tatsächliche Situation geprüft werden würde und zwar nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Reduzierung, sondern ob dort, auch aufgrund aktueller Entwicklungen, tatsächlich noch ein zusätzlicher Bedarf bestehen könne. Dieser würde über die Sonderbeauftragung abgestimmt. Zudem sagte er, dass die Verwaltung sich dazu verständigt hätte, eine möglichst objektive Erarbeitung und Reflektion der Sachlage zu bekommen. Dieses sei aus seiner Sicht wichtig, da teilweise unter den verschiedenen Beteiligten eine Atmosphäre vorherrsche, welche der Sache nicht dienlich sei und insofern sei es gut, wenn dieses durch einen neutralen Dritten ausgearbeitet werden würde und danach zur Diskussion mit eingeschweift werde. Des Weiteren wies er darauf hin, dass es im Geschäftsbereich IV, auch Bereiche geben würde, welche nicht in den Sonderauftrag, d.h. nicht in diese Schwerpunktthemen, fallen würden. Diesbezüglich sagte er, dass dort Dialoggespräche stattfinden werden. Er erläuterte, dass alle Bereiche, welche nicht über den Sonderauftrag abgedeckt werden würden, ganz normal in das Prozedere mitaufgenommen werden würden.

Demnach sagte er, dass die Fachbereichsleiter vom Geschäftsbereich IV sowohl ein Gespräch mit dem Beauftragten für diese Vorgänge als auch ein Gespräch im Rahmen der Dialoggespräche führen werden. Er merkte an, dass dieses durchgeführt werden müsse, da diese Bereiche, welche nicht in einer Sonderbetrachtung seien, in der Gesamtabwägung genauso verfahrensmäßig und methodisch zu behandeln seien, wie die anderen Bereiche in der Verwaltung.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte beziehungsweise auf das Vorliegen von Ergebnissen, wann das Konzept der Personalbedarfsplanung, für die nächsten 7-8 Jahre, als Grundlage für eine politische Diskussion vorliegen würde.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass im September ein erstes Ergebnis aus dieser Abfrage vorliegen solle. Er sagte, dass damit eine Grundlage für den Aufbau eines vernünftigen und nachhaltigen Konzeptes gegeben sei.

Herr Wolter, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, erläuterte, dass dies kein überzeugendes Konzept sei. Des Weiteren fragte er, ob diese Präsentation eine Information oder eine Vorlage für internes Verwaltungshandeln gewesen sei.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass der momentan eingeschlagene Weg, der Weg sei mit dem alle Verfahrensbeteiligten, Personalrat, Stadträte mitgenommen werden können, um miteinander Schwerpunktsetzungen definieren zu können.

Herr Wolter, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte wiederholt, ob dies ein verwaltungsinterner Fahrplan sei, den die Stadträte nur zur Kenntnis bekommen würden oder ob der gemeinsam verabschiedet werden soll.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass für die Diskussion eine aktuelle Grundlage benötigt werden würde. Demnach äußerte er, dass diese Grundlage anhand der Dialoggespräche geschaffen werden würde und merkte an, dass dort die politisch Verantwortlichen mit dabei seien.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, stellte fest, dass dies nichts Neues sei und merkte an, dass die Anfang 2000 stattgefundenen Diskussionen zu den Fachkonzepten auch unter der Beteiligung der Stadträte durchgeführt worden seien. Damit stimmte er, der eingeschlagenen Richtung bezüglich des dialogischen Verfahrens, zu. Und merkte an, dass dies ein vernünftiger Weg sei. Er sagte, dass sich konkrete Ergebnisse zeitnah zeigen müssen und nicht im Aktivismus stecken bleiben dürfen. Er bezog sich auf die Ergebnisse der damaligen fachbereichsbezogenen Konzepte und sagte, dass dies der richtige Weg gewesen sei. Zudem sagte er, dass damit gute Ergebnisse erzielt worden seien und merkte an, dass diese leider unterbrochen bzw. abgebrochen wurden.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, sagte bezüglich der politischen Einbeziehung, dass dieses nur funktionieren könne, wenn es bestimmte Alternativen bei der Schwerpunktsetzung geben würde, die die Verwaltung der Politik aufzeigen würde. Sie sagte, wenn dieses Konzept dann der Politik vorgelegt werden würde und die Politik darüber abstimmen würde, dann hätte die Verwaltung wahrscheinlich am Ende ein Ergebnis vorliegen, dass die Mehrheit mit dem von der Verwaltung vorgelegtem Konzept nicht einverstanden sein würde. Demnach stellte sie fest, dass es insofern eine gewisse Variabilität und Alternativen gegeben sein müssen, damit eine tatsächliche Einbeziehung erreicht werden könne. Des Weiteren sagte sie beziehungsweise auf die Aussage, dass die Verwaltung vom jetzigen Standpunkt ausgehen würde, dass dies ein reduzierter Standpunkt sei, welcher sich durch jährliches Reduzieren ergeben hätte. Frau Krausbeck sagte, dass die Verwaltung von einem tatsächlichen Bedarf ausgehen müsse, zumindest wenn über Pflichtaufgaben gesprochen werden würde. Diesbezüglich äußerte sie, dass das

Benchmarking eher ein Instrument sei. Zudem sagte sie, dass es Richtwerte von Fachverbänden geben würde, welche eigentlich auch zu Grunde gelegt werden müssen. Sie fragte, ob in den Gesprächen mit den Fachbereichsleitern auch Raum für die tatsächlichen Bedarfe gegeben sei.

Im Weiteren sagte **Frau Krausbeck**, dass, zusammenhängend auch aus der Erfahrung, sich Aufgaben rechtlich ändern können. Dazu äußerte sie, dass z.B. im Naturschutzbereich Aufgaben vom Land auf die Stadt abgewälzt worden wären. Sie sagte, dass die Stadt diesbezüglich nicht im Sinne des Konnexitätsprinzip (das Aufgaben- und Finanzverantwortung zusammengehören) hinterhergegangen sei, dass die Kosten entsprechend gedeckt würden. Sie fragte, ob dies alles indem System kompensiert werden würde oder ob es auch Überlegungen dazu geben würde, wie mit rechtlichen Aufgabenänderungen dann umgegangen werden soll. Sie sagte, dass die Stellenverteilung unter Umständen zu einer Austragung mit dem Land führen würde und merkte an, dass diesbezüglich eine Kompensierung über das momentan bestehende System nicht funktionieren könne.

Frau Hahnemann, amt. Leiterin FB Verwaltungsmanagement, antwortete, wenn vom Land oder im Ausnahmefall auch vom Bund Aufgaben auf die Kommunen übertragen werden würden, der sogenannte übertragene Wirkungskreis, dann würde es natürlich auch eine Förderung oder Erstattung entweder von Personalkosten oder Sachkosten oder von beiden geben.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, sagte, dass dies leider nicht immer so sei.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, wiederholte die Aussage von Herrn Krause und sagte, dass dieses sich im Stellenbedarf des jeweiligen Fachbereiches widerspiegeln würde.

Frau Hahnemann, amt. Leiterin FB Verwaltungsmanagement, stimmte den Aussagen zu und sagte, in 90% der Fälle würde es so funktionieren. Sie erläuterte die Bemessungsgrundlage für den Personalschlüssel.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, ergänzte, dass diesbezüglich noch nicht über das spannende Thema gesprochen worden sei, wie viele Mitarbeiter in den nächsten 5 Jahren altersbedingt ausmünden werden. Er sagte, dass allein diese Größenordnungen dafür sorgen würden, dass sich die eine oder andere Diskussion an einer gewissen Stelle erübrigen würde und das spätestens dann, wenn gemerkt werden würde, dass keiner mehr da sei. Demnach sagte er, dass der Fokus auf die Nachwuchsgewinnung verändert werden müsse und merkte an, dass er diesbezüglich die größte Herausforderung sehen würde. Zudem äußerte er, dass die größte Herausforderung nicht darin bestehen würde, mit personalwirtschaftlichen Maßnahmen Mitarbeiter aus der Verwaltung ausscheiden zu lassen, welche sowieso in absehbarer Zeit altersbedingt die Verwaltung verlassen würden. Er merkte an, dass es bei den altersbedingten Abgängen um eine dreistellige Zahl gehen würde, welche näher an der Tausend sei als an der Fünfhundert.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 7 Mitteilungen

Es wurden keine Mitteilungen gegeben.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es wurden keine mündlichen Anfragen gestellt.

zu 9 Anregungen

Es wurden keine Anregungen gegeben.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, beendete die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 10.10.14

Egbert Geier
Bürgermeister

Johannes Krause
Ausschussvorsitzender

Anne Timme-Mäurer
Protokollführerin